

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE 1. SITZUNG DES UMWELT- UND ENERGIEAUSSCHUSSES

Sitzungsdatum: Donnerstag, 17.06.2021
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:30 Uhr (Ende öffentlicher Teil)
Ort: im Sitzungssaal des Deutschen Hofes
Gesetzliche Mitgliederzahl: 9

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzender

Schweiger, Christian Erster Bürgermeister

Ausschussmitglieder

Aunkofer, Franz	Stadtrat			
Häckl jun., Thomas	Stadtrat			
Hierl, Regina	Stadträtin			
Meixner, Maria	Stadträtin	Vertretung	für	Herrn Stephan
		Schweiger		
Müller, Thomas	Stadtrat			
Ober, Andreas	Stadtrat			
Schlauderer, Rupert	Stadtrat			
Weinzierl, Josef	Stadtrat/Vorsitz. RPA			

Protokollführung

Schnell, Markus Verwaltungsamtman

Verwaltung

Schmid, Andreas Leiter FB P. & B./SBM

Stadträte (Gäste)

Rank, Christian Stadtrat

Gäste

3 Gäste bis Beschluss-Nr. 17 (1x Fa. Komplan, Fr. Winter)

Abwesende Personen

Ausschussmitglieder

Schweiger, Stephan	Stadtrat	Entschuldigt
--------------------	----------	--------------

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

1	Genehmigung der Niederschrift vom 16.11.2020	
	Planen und Bauen 3.2 Bauverwaltung	Entscheidung
2	Ausgleichsflächen der Stadt Kelheim; Antrag von Ausschussmitglied Franz Aunkofer auf Information des Umwelt- und Energieausschusses über die Ausgleichsflächen der Stadt Kelheim und die dort erfolgten Maßnahmen; Vorstellung durch das Planungsbüro Komplan	
	Planen und Bauen 3.2 Bauverwaltung	Entscheidung
3	Antrag der SPD-Fraktion auf Übernahme der Kosten für die Zertifizierung zum Naturgarten	
	Planen und Bauen	Entscheidung
4	Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet Kelheim; Antrag von Herrn Peter Ferstl, Bürger der Stadt Kelheim, auf Umstellung zur bedarfsorientierten Straßenbeleuchtung kleinerer Ortsteile	
	Planen und Bauen 3.1 Bautechnik	Entscheidung
5	Durchführung von Mäharbeiten an Böschungen; Antrag von Ausschussmitglied Franz Aunkofer auf Verzicht von Mäharbeiten an Böschungen zum Schutz von Kleintieren und Insekten	
	Planen und Bauen 3.1 Bautechnik	Entscheidung

Erster Bürgermeister Christian Schweiger eröffnete um 18.00 Uhr die Bürgerfragestunde vor der 1. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses. In der Bürgerfragestunde wurden keine Fragen von Bürgern vorgetragen.

Erster Bürgermeister Christian Schweiger eröffnete um 17.00 Uhr die 1. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses. Er begrüßte alle Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Umwelt- und Energieausschusses fest.

Er informierte, dass die öffentliche Tagesordnung unverändert abgearbeitet werden kann. Einwände gegen die Tagesordnung wurden nicht erhoben.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Sachbearbeiter: Schnell, Markus

TOP 1	Genehmigung der Niederschrift vom 16.11.2020
Beschluss-Nr. 13	
<u>Entscheidungsergebnis:</u>	
Dafür: 9 Dagegen: 0	

Sachverhalt:

Gemäß Art. 54 Abs. 2 GO i.V.m. § 27 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Stadtrat Kelheim 2020 – 2026 lässt der Vorsitzende über die Genehmigung der Niederschrift von der vorangegangenen öffentlichen Sitzung abstimmen.

Beschluss:

Der Bauausschuss genehmigt hiermit die Niederschrift der öffentlichen Umwelt- und Energieausschusssitzung vom 16.11.2020.

Sachbearbeiter: Schnell, Markus

TOP 2	Ausgleichsflächen der Stadt Kelheim; Antrag von Ausschussmitglied Franz Aunkofer auf Information des Umwelt- und Energieausschusses über die Ausgleichsflächen der Stadt Kelheim und die dort erfolgten Maßnahmen; Vorstellung durch das Planungsbüro Komplan
Beschluss-Nr. 14	
<u>Entscheidungsergebnis:</u>	
Dafür: 9 Dagegen: 0	

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 27.10.2020 stellte Stadtrat Franz Aunkofer, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Antrag an die Stadt Kelheim.

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
lieber Christian,

laut Umweltbundesamt werden in Deutschland jeden Tag 58 ha Fläche versiegelt. Auch aus diesem Grund ist über das Bundesnaturschutzgesetz der Eingriff in die Fläche geregelt und es sind Ausgleichsflächen vorgeschrieben. Auch die Stadt Kelheim hat solche Ausgleichsflächen.

Ich beantrage hiermit eine Aufstellung sämtlicher Ausgleichsflächen, wo sie genau liegen (Pläne) und welche Maßnahmen (Streuwiesen-Biotope-Dachbegrünungen usw.) jeweils dort ergriffen wurden. Auch beantrage ich, dass das diese Flächen Stück für Stück den Stadträten oder Ausschussmitgliedern gezeigt werden.

Da die Stadt auch weiterhin noch Flächen versiegeln wird, oder dies zumindest zulässt, sollte es für die Rätinnen und Räte Kelheims interessant sein, diesen ökologischen Ausgleich zu besichtigen.

Viele Grüße aus Herrnsaal“

Die Stadt Kelheim hat aufgrund des Ausgleichserfordernisses des Baugesetzbuches, im Rahmen der Bauleitplanverfahren der letzten Jahre, bereits eine größere Anzahl von Ausgleichsflächen angelegt, bzw. anlegen lassen, die sich im gesamten Gemeindegebiet verteilen. Diese Ausgleichsflächen sind im städtischen Ökokonto dokumentiert und werden auch regelmäßig im Rahmen der Ausgleichsflächenpflege gepflegt. Weiterhin erfolgt ein regelmäßiges Monitoring, um den Erfolg der Ausgleichsmaßnahmen zu überprüfen und zu dokumentieren.

Der Fachbereich Planen und Bauen ist über das Interesse der Stadträte und Ausschussmitglieder an den Ausgleichsflächen sehr erfreut und hat deshalb in Zusammenarbeit mit Frau Maxime Winter, vom Planungsbüro Komplan, das die Führung des Ökokontos betreut, einen Vortrag für das Gremium erarbeitet, in dem die Ausgleichsflächen vorgestellt und die darauf durchgeführten Maßnahmen erläutert werden. Der Vortrag wird als Anhang zum Beschluss genommen.

Eine Besichtigung einzelner Ausgleichsflächen im Laufe des Sommerhalbjahres würde von Seiten der Stadt Kelheim begrüßt. Hierfür ist jedoch zu gegebener Zeit ein gesonderter Termin zu vereinbaren.

Frau Winter stellte dann dem Gremium im Rahmen eines Vortrages die städtischen Ausgleichsflächen vor.

Anlage:

1 Präsentation

Beschluss:

Der Sachvortrag über die Vorstellung der städtischen Ausgleichsflächen und die darauf durchgeführten Maßnahmen wird zur Kenntnis genommen.

Die Bearbeitung der Ausgleichsflächen- und Maßnahmen ist in dieser Form und in diesem Umfang durch den Fachbereich Planen und Bauen und das Planungsbüro Komplan weiter zu führen.

Zur Besichtigung einzelner Ausgleichsflächen soll im Laufe der Sommermonate ein Ortstermin des Umweltausschusses durchgeführt werden.

Der Termin und die Örtlichkeit ist den Ausschussmitgliedern rechtzeitig bekannt zu geben.

Sachbearbeiter: Schmid, Andreas

TOP 3	Antrag der SPD-Fraktion auf Übernahme der Kosten für die Zertifizierung zum Naturgarten
Beschluss-Nr. 15	
<u>Entscheidungsergebnis:</u> Dafür: 6 Dagegen: 3	

Sachverhalt:

Mit Antrag vom 04. Februar 2021 stellte Stadtratsmitglied Maria Meixner in Absprache mit der SPD-Fraktion einen Antrag auf Übernahme der Kosten für die Zertifizierung zum Naturgarten.

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Christian, ,

In Absprache mit meiner SPD Fraktion stelle ich für die nächste Sitzung folgenden Antrag zur Abstimmung:

Die Stadt Kelheim übernimmt, sowie bereits die Stadt Abensberg, die Kosten für die Zertifizierung zum Naturgarten. Die Kosten dafür belaufen sich auf 60 €.

Begründung:

Mit der Zertifizierung und Verleihung der Plakette „Bayern blüht Naturgarten“ würdigen die gartenbaulichen Verbände eine boden-und wasserschonende Bewirtschaftung sowie den Erhalt der Artenvielfalt im Haus- und Kleingarten. Wo Natur im Garten ist, fühlt sich der Mensch wohl. Er ist ein Ort der Entschleunigung und Erholung und bietet einen wunderbaren Erlebnisraum für das Wachsen und Gedeihen von Pflanzen, für das Begreifen von Naturzusammenhängen und Stoffkreisläufen, für Kinder auch Entdeckungsland und Schule fürs Leben.

Die Stadt Kelheim gibt damit Anreiz und Anregung, das sich vermehrt wieder für Naturgärten und Artenreichtum eingesetzt wird. Auch OGV- Vereine könnten dadurch eine Aufwertung erfahren.

Noch nähere Informationen gibt es beim Kreisfachberater am Landratsamt Kelheim.



Nach Abschluss einer Zertifizierung gibt es diese Plakette.

Mit freundlichen Grüßen

Maria Meixner"

Wie im Antrag begründet soll die Zertifizierung (durchgeführt von Kreisfachberater Franz Nadler) eine boden- und wasserschonende Bewirtschaftung sowie den Einsatz für Naturgärten und Artenreichtum würdigen.

Stellungnahme Fachbereich Finanzen:

Auch wenn die Anzahl der Zertifizierungen und die damit verbundenen Kosten (60 € je Garten) nach Aussage von Maria Meixner überschaubar sein würden, heißt die Kämmerei den Vorschlag nicht gut. Zum einen ist aus Sicht der Verwaltung kein unmittelbarer Vorteil für die Stadt zu erkennen, zumal anzunehmen ist, dass zertifizierte Gärten nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Darüber hinaus vertritt die Finanzverwaltung die Meinung, dass hierbei auch der VöF oder die ortsansässigen Obst- und Gartenvereine (finanziell) zu beteiligen wären. Dem angeführten Argument, dass die OGV-Vereine durch eine Zertifizierung eine Aufwertung erfahren würden, wird entgegeng gehalten, dass bspw. über die mögliche Förderung im Rahmen der Vereinsförderrichtlinie die jeweiligen Vereine eigenständig diese Zertifizierung mit anbieten oder unterstützen und so einen Mehrwert für sich und die Gartenbesitzer erzeugen könnten.

Des Weiteren ist wieder anzuführen, dass es sich beim Antragsziel um eine freiwillige Leistung handelt, die unter Beachtung der Haushaltsplanung und noch mehr den Finanzplanungs Jahren kritisch betrachtet werden muss.

Stellungnahme Fachbereich Planen und Bauen:

Der Fachbereich Planen und Bauen sieht für die Stadt Kelheim keinen Vorteil und kann auch kein Personal für die Zertifizierung stellen. Die Stellungnahme des Fachbereichs Finanzen kann nur unterstützt werden.

Der Sachverhalt wurde von den Mitgliedern des Umwelt- und Energieausschusses ausführlich diskutiert. Hierbei zeigte sich, dass zu dem Thema unterschiedliche Meinungen im Gremium bestanden. Einige Räte standen dem Antrag positiv gegenüber andere Räte befürworteten den ablehnenden Verwaltungsvorschlag. Diskutiert wurde auch, dass man sich eine positive Entscheidung eventuell dann vorstellen könnte, wenn die Eigentümer der Gärten, deren Zertifizierungskosten von der öffentlichen Hand, in dem Fall von der Stadt Kelheim getragen werden, verpflichtet würden, diese auch der Öffentlichkeit, zumindest zeitweise, zur Besichtigung zur Verfügung stellen. Hierdurch würden eventuell andere Gartenbesitzer angeregt, Ihre Gärten auch attraktiver zu gestalten.

Nachdem dies jedoch nicht Inhalt des gestellten Antrages der SPD-Fraktion war, ließ Erster Bürgermeister Schweiger über den Beschlussvorschlag der Verwaltung, den Antrag der SPD Fraktion abzulehnen, abstimmen. Er stellte klar, dass es der SPD-Fraktion unbenommen ist, einen neuen geänderten Antrag zu stellen, falls der Antrag in dieser Form abgelehnt wird.

Beschluss:

Der Umwelt- und Energieausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion ab.

Sachbearbeiter: Schäffer, Martin

TOP 4	Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet Kelheim; Antrag von Herrn Peter Ferstl, Bürger der Stadt Kelheim, auf Umstellung zur bedarfsorientierten Straßenbeleuchtung kleinerer Ortsteile
Beschluss-Nr. 16	
<u>Entscheidungsergebnis:</u> Dafür: 9 Dagegen: 0	

Sachverhalt:

Am 20.11.2020 stellte Herr Peter Ferstl aus Staubing den Antrag auf Umstellung zur bedarfsorientierten Straßenbeleuchtung. Hier sollte der Ortsteil Staubing als Pilotprojekt dienen und die gewonnenen Erkenntnisse im Anschluss auf andere Ortsteile übertragen werden.

Herr Ferstl beantragt, dass die Straßenbeleuchtung im Ortsteil Staubing ab 23:00 Uhr lediglich bedarfsorientiert gesteuert und betrieben wird. Somit würde die Straßenbeleuchtung zu diesem Zeitpunkt schlagartig abgeschaltet. Sollte ab 23 Uhr die Straßenbeleuchtung benötigt werden muss diese mittels Handy-App aktiviert werden.

Laut Herrn Ferstl amortisieren sich die Investitionskosten in einem Zeitraum von 2 bis 3,9 Jahren. Diese Berechnung basiert auf der Anschaffung eines Steuergerätes für 1.500,- € netto zzgl. Installationskosten und monatliche Vertragskosten von 5,- € für die notwendige SIM-Karte. Das Steuergerät ist mit den Maßen von 31x28x11 cm angegeben.

Jedoch sind im Ortsteil Staubing nicht nur eine Schaltstelle sondern drei. Zwei davon befinden sich in Stromverteilerkästen in welche keine weiteren Bauteile passen. Somit ergeben sich weitere Investitionskosten für Tiefbauarbeiten, Material und Montagearbeiten. Aufgrund dieser Faktoren ist mit einer erheblich höheren Amortisationszeit zu rechnen.

Was bisher ganz außer Betracht blieb ist, dass viele Einwohner (vor allem ältere) kein Smartphone besitzen bzw. keine Möglichkeit haben die Straßenbeleuchtung per App zu aktivieren. Des Weiteren besteht für Ortsfremde Personen, wie zum Beispiel Touristen, Übernachtungsgäste, Besucher usw. nur mit Umwegen eine Chance auf sichere und zuverlässige Ausleuchtung von Verkehrswegen.

Der Sachverhalt wurde im Umwelt- und Energieausschuss ausführlich diskutiert. Bei der Diskussion zeichnete sich ab, dass bezüglich des Themas keine einheitliche Meinung im Gremium besteht. Verschiedene Stadträte sprachen an, dass hierdurch ein sinnvoller Beitrag gegen die Lichtverschmutzung geleistet werden könnte. Dies sei für die Umwelt, im Besonderen für den Schutz der Insekten, ein wichtiger Beitrag. Andererseits war man sich nicht sicher, ob diese Umstellung zur bedarfsorientierten Straßenbeleuchtung auch bei den Bürgern in Staubing positiv gesehen würde. Ebenfalls andiskutiert wurde, ob man den Versuch zur Umstellung auf eine bedarfsorientierte Straßenbeleuchtung nicht in einem anderen Ortsteil testen sollte, wo diese eventuell leichter möglich ist.

Als Fazit der Diskussion stellte sich heraus, dass das Gremium einheitlich der Meinung war, hier nicht eine voreilige Entscheidung für oder gegen eine Umstellung auf eine bedarfsorientierte Straßenbeleuchtung treffen zu wollen, ohne mit den Bürgern vor Ort den Vorschlag zu diskutieren. Aus diesem Grund sollte die Entscheidung über den Antrag von Herrn Ferstl zurückgestellt werden und dann die Meinung der Bürger hierzu bei den nächsten Bürgerversammlungen abgefragt werden. Anschließend sollte sich das Gremium wieder mit dem Antrag beschäftigen.

Anlage:

Antrag von Herrn Peter Ferstl

Beschluss:

Die Entscheidung über den Antrag von Herrn Peter Ferstl auf Umstellung zur bedarfsorientierten Straßenbeleuchtung kleinerer Ortsteile wird zurückgestellt.

Die Meinung der Bürger zu diesem Thema ist bei den nächsten Bürgerversammlungen in den einzelnen Ortsteilen abzufragen.

Anschließend ist der Sachverhalt wieder dem Umwelt- und Energieausschuss zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.

Sachbearbeiter: Schäffer, Martin

**TOP 5 Durchführung von Mäharbeiten an Böschungen;
Antrag von Ausschussmitglied Franz Aunkofer auf Verzicht von
Mäharbeiten an Böschungen zum Schutz von Kleintieren und Insekten**

Beschluss-Nr. 17

Entscheidungsergebnis:

Dafür: 5 Dagegen: 4

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 27.10.2020 wurde ein Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen eingereicht:

"Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Christian,

alljährlich werden im Spätherbst die städtischen Straßenränder gemäht. Bei diesen Mäharbeiten werden auch sogenannte Hintergrundböschungen abgehäckselt. Dort wo es aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht nicht notwendig ist, sollte eine Bearbeitung dieser Bereiche in Zukunft nicht mehr erfolgen.

Begründung: Gräser und Stauden sind wertvolle Lebensräume für Insekten und Kleintiere. Die langen Halme und Stängel sind ideale Überwinterungsplätze für diese Organismen. Durch das Mulchen wird dieser, fürs Überleben wichtige Raum zerstört.

Es ist also völlig unnötig diesen Aufwand zu betreiben.

Mit den Unternehmern die diese Arbeiten ausführen, ist zu prüfen, inwieweit Verträge bestehen, die das Mähen der ganzen Breite beinhalten. Nötigenfalls müssen diese Verträge gekündigt oder abgeändert werden.

Für die Stadt entstehen dabei sicher auch weniger Kosten, wenn in diesen schwierigen Bereichen weniger zu mähen ist.

Viele Grüße aus Herrnsaal

*Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN*

Franz Aunkofer"

Stellungnahme des Fachbereiches Planen und Bauen:

Der Auftrag für die Mäharbeiten ist an eine externe Firma vergeben. Die beauftragte Firma handelt nach dem Konzept, über das Jahr nur das Grabenprofil zu mulchen und Ende des Jahres das gesamte Straßenbegleitgrün, soweit es für die Verkehrssicherheit dient, zu mulchen.

Somit wird bereits beim ersten Arbeitsgang nur das aller notwendigste des Grünstreifens bearbeitet. Die restliche Fläche bleibt so bis in den Herbst zur Aussaat und als Aufenthaltsraum für Insekten und Kleintiere stehen.

Vor Wintereinbruch ist es allerdings nötig, die verbliebene Fläche, zumindest einmal jährlich zu bearbeiten. Dadurch wird zum einen der Abfluss in der Tauperiode gewährleistet, als auch einem Verbuschen des Straßenbegleitgrüns verhindert, was einem erhöhten Pflegeaufwand in den weiteren Jahren vorbeugt.

Der Sachverhalt wurde im Gremium ausführlich diskutiert. Hier zeigte sich, dass es unterschiedliche Ansichten zu dem Thema gibt. Verschiedene Ausschussmitglieder befürworteten den Verzicht auf Mäharbeiten an Böschungen andere wiederum sahen diese aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht und zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Entwässerung für notwendig an.

Beschluss:

Der Umwelt- und Energieausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus Gründen der Verkehrssicherung und der Freihaltung von Gräben sowie den Böschungsbereichen ab.

Verschiedenes -öffentlich:

Aktion „Gelbes Band“

Stadtbaumeister Schmid informierte, dass bezüglich der Aktion „Das Gelbe Band“, mit dem Streuobstbäume gekennzeichnet werden sollen, deren Früchte der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden, noch keine Rückmeldungen über geeignete Bäume oder Flächen bei der Stadt eingegangen sind.

Stadträtin Meixner sagte zu, dass Sie für den Ortsteil Weltenburg Rückmeldung geben wird.

Aufforstungsflächen beim Gasthaus „Wäscherhartl“

Ausschussmitglied Aunkofer informierte, dass er sich die neuen Aufforstungsflächen der Stadt Kelheim beim Gasthaus „Wäscherhartl“ angeschaut hat. Die Aufforstungsflächen haben sich sehr gut entwickelt. Er sprach sich dafür aus hier weitere Flächen aufzuforsten. Stadtbaumeister Schmid sagte zu, dass er mit Stadtförster Kürzl klären wird, ob hier geeignete Flächen für weitere Aufforstungen zur Verfügung stehen.

Niederschrift der vorangegangenen Sitzung:

Die Niederschrift über die vorangegangene öffentliche Sitzung vom 16.11.2020 wurde vom Bauausschuss mit dem Beschluss des Tagesordnungspunktes 1 gemäß Art. 54 Abs. 2 GO i. V. m. § 27 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Stadtrat Kelheim 2020 - 2026 genehmigt.

Die Niederschrift war während der Dauer der Sitzung zur Einsicht für die Mitglieder ausgelegt.

Erster Bürgermeister Christian Schweiger ging zum nichtöffentlichen Teil der Umwelt- und Energieausschusssitzung über.

Mit Dank für die rege Mitarbeit schloss Erster Bürgermeister Christian Schweiger um 19:42 Uhr die 1. Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses.

Schweiger
Erster Bürgermeister

Schnell
Protokollführung